

Meinungen und politische Absichten des

Bundestagskandidaten 2017

Name

1. Krieg überwinden muss bei uns anfangen

Krieg ist seit der Gründung der Vereinten Nationen völkerrechtlich geächtet und verboten. Trotzdem werden jedes Jahr rund 35 bewaffnete Konflikte auf der Welt gezählt und auch Deutschland und seine Verbündeten in der NATO zögern nicht, weltweit militärisch zu agieren, um vorgeblich die eigenen Interessen zu schützen.	
Werden Sie gegen neue Militäreinsätze der Bundeswehr stimmen und sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zurückgeholt wird?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Es wird diskutiert, die Zahl der Soldaten in Afghanistan zu erhöhen. Werden Sie dagegen stimmen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie darauf dringen, dass die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen Maßnahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung ergreifen, um Krisen und Konflikte friedlich beizulegen bzw. sie gar nicht erst eskalieren zu lassen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die NATO-Truppen aus Osteuropa abgezogen werden und ein Dialog mit Russland begonnen wird, dessen Ziel die Schaffung gemeinsamer Sicherheit in Europa ist?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Halten Sie in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines neuen US-Waffenlagers in Dülmen für falsch?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

2. Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung stärken

Die bereits vorhandenen Strukturen zur Stärkung von Ziviler Konfliktbearbeitung müssen ausgebaut werden. Dazu gehört u.a., die Investitionen in Zivile Konfliktbearbeitung deutlich zu erhöhen und mehrjährig zur Verfügung zu stellen. Denn zivile Friedensförderung kann nur dann die in sie gesetzten hohen Erwartungen erfüllen, wenn entsprechende Investitionen in Programme und Forschung erfolgen. Dazu gehört z.B. die Erhöhung der Etats für die entsprechenden Programme und Einrichtungen in Deutschland wie den Zivilen Friedensdienst, zivik, ZIF und FriEnt, sowie zivilgesellschaftlicher Programme der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen.	
Werden Sie sich dafür einsetzen, die Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken und finanziell so auszustatten, dass genügend Kapazitäten für ZKB geschaffen werden können?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zivile Konfliktbearbeitung den ausdrücklichen und tatsächlichen Vorrang vor militärischen Eingriffen bekommt?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

3. Alternative zum Militär: "Ziviles Peacekeeping"

Es werden immer mehr Erfahrungen damit gesammelt, wie man Menschen vor (kriegerischer) Gewalt ohne Waffen schützen kann. Gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen und zivile Beobachtungsmissionen zeigen, dass Ziviles Peacekeeping eine Alternative zur Entsendung von Militär ist. Es stimmt nicht, dass man Militär braucht, um Sicherheit zu schaffen und Menschen zu schützen. In vielen Fällen sind gewaltlose Ansätze sogar effektiver und nachhaltiger.	
Werden Sie sich für die Weiterentwicklung und die finanzielle Förderung von Zivilem Peacekeeping durch extra dafür bereitgestellte Mittel einsetzen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Sind Sie bereit, sich ggf. in der OSZE, dem Europarat, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen für diese Option stark zu machen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich für die Umwandlung bestehender militärischer Missionen in zivile einsetzen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

4. Ohne Waffen - aber nicht wehrlos

Die Politik argumentiert gerne, dass wir die Bundeswehr und die NATO brauchen: Zur Abschreckung und um im Ernstfall einen militärischen Angriff abzuwehren. Wir bezweifeln die Risikoanalysen, die diesen Positionierungen zugrunde liegen. Aber selbst wenn sie wahr wären: Selbst ein konventioneller Krieg, also ein Krieg ohne Einsatz von Nuklearwaffen, würde angesichts der technischen Weiterentwicklung der Waffen in Europa hundertfach mehr Opfer und Zerstörung bedeuten als der Zweite Weltkrieg. Und die Gefahr, dass er zu einem Atomkrieg würde, ist gewaltig. Deshalb sollten wir uns daran erinnern, dass schon vor Jahrzehnten Konzepte der nichtmilitärischen Verteidigung – die Prinzipien der „Sozialen Verteidigung“ – ausgearbeitet wurden.	
Teilen Sie die Einschätzung, dass Europa militärisch nicht verteidigt werden kann?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Haben Sie sich schon mit Alternativen zu militärischer Verteidigung befasst? Ist Ihnen Soziale Verteidigung ein Begriff?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

5. Grundsätzliches Rüstungsexportverbot

Aufgrund unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen und fehlenden politischen Willens konnte Deutschland zum fünfgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Diese Waffen gehen auch in Spannungsgebiete wie den Nahen Osten und die Türkei.	
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird, und dass dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung, zumindest den Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern in Krisen- und Kriegsregionen dann zu untersagen, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden?	O ja O nein
--	------------------

6. Die Rüstungspirale durchbrechen

In Büchel in der Eifel sind weiterhin US-amerikanische Atomwaffen stationiert, und zwar vermutlich zwanzig sogenannte „taktische Atombomben“ vom Typ B 61 – sie haben die 23-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie sollen jetzt „modernisiert“, sprich: aufgerüstet werden. Auch bewaffnete Drohnen will sich die Bundeswehr anschaffen.	
Werden Sie sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einsetzen? Werden Sie bei den deutschen Verbündeten darauf drängen, dass diese völkerrechtswidrigen Waffen endlich verschrottet werden?	O ja O nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland an den UN-Verhandlungen zum Verbot aller Atomwaffen teilnimmt und einem solchen Verbot zustimmt?	O ja O nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen sofort gestoppt und diese Waffengattung (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet wird?	O ja O nein
Werden Sie sich dagegen wenden, den Verteidigungshaushalt auf 2 % des BIP anzuheben?	O ja O nein

7. Werbeverbot der Bundeswehr bei Jugendlichen

Die Bundeswehr möchte sich zunehmend als gewöhnlicher Arbeitgeber im öffentlichen Raum positionieren. Mit einem neuen Youtube-Kanal versucht sie, in die Lebenswelt junger Menschen vorzudringen. Sie wirbt an Schulen und bei Jobmessen. Jugendoffizier*innen werden in Schulen geschickt, um dort politischen Unterricht abzuhalten. Und sie rekrutiert Minderjährige zur Ausbildung.	
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Bundeswehrangehörige nicht mehr in Schulen auftreten dürfen?	O ja O nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr keinen Einfluss mehr auf die Referendar*innenausbildung nimmt?	O ja O nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr schärfere Richtlinien einhält, was das Verbot gezielter Werbung und die Rekrutierung von Minderjährigen an geht, wie es die UN Kinderrechtskonvention festlegt?	O ja O nein

8. Klimaschutz

Das zentrale Klimaschutzziel der Regierung bis zum Jahre 2020 (Senkung des Treibhausgasausstoßes um 40 % gegenüber 1990) droht zu scheitern, da derzeit nicht einmal 30 % erreicht sind. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde in den letzten Jahren gebremst. Im Wärmesektor ist der Fortschritt viel zu langsam und der Verkehrsbereich hat seit 1990 noch überhaupt nichts zur CO ₂ -Einsparung beigetragen.	
Wollen Sie die Bundesregierung darin unterstützen, die ehemalige nationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz wieder einzunehmen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich z.B. für Folgendes ein? <ul style="list-style-type: none"> • Beseitigung des Deckel für Wind- und Solaranlagen • Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom • Ausweitung der Ausnahmeregelungen für kleinere Akteure beim Ausschreibungsverfahren für Erneuerbare Energien • Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes • Förderung des Ausbaus von Energiespeichern 	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Die Kosten fossiler Strom- und Wärmeerzeugung sind niedriger als die aus Erneuerbaren Quellen, weil die Folgekosten für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschädigungen und Entsorgungskosten nicht in den Preis mit einfließen. Werden Sie sich <ul style="list-style-type: none"> • für eine nationale CO₂-Steuer bzw. Abgabe einsetzen? • für eine Brennelemente-Steuer einsetzen? 	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich für einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle, ähnlich wie bei der Kernenergie, einsetzen und wenn ja, bis wann?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, schon deutlich früher als 2022 aus der Kernenergie auszusteigen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bestehenden CO ₂ -Grenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge für die Jahre 2025 und 2030 ambitioniert fortgeschrieben und für LKW eingeführt werden?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Der Güterverkehr mit LKW belastet die Umwelt und verursacht zahlreiche Unfälle. Um mehr Güter auf die Schiene zu bringen - unterstützen Sie die Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Straßen und eine Halbierung der Preise für die Schienennutzung?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich für höhere Investitionen in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ein?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

9. Gerechtigkeit

Die soziale Schere in Deutschland nimmt rasant zu: die Einkommensschere und die Vermögensschere in der Bevölkerung, die Schulden/Vermögens-Schere zwischen öffentlichen und privaten Haushalten. Drei Fragen zu Ihrem konkreten Engagement in der nächsten Legislaturperiode:	
Zur Sozialen Gerechtigkeit gehört ein soziales Steuersystem. Setzen Sie sich für die Anhebung des Grundsteuerfreibetrages und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich für die Einführung einer Vermögenssteuer ein?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein

10. Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Die Dublin-Verträge stellen eine ethisch höchst fragwürdige Antwort auf das Problem der Flüchtlingsströme dar und sind in ihrer Nichtsolidarität mit den Prinzipien der Werte Europas nicht vereinbar. Für die Aufnahme von Asylsuchenden in Europa dürfen nicht alleine die Länder, die am Südrand Europas liegen, verantwortlich gemacht werden.	
Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland in der EU dafür sorgt, dass ein gerechteres und solidarischeres System ausgehandelt wird?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich dafür ein, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen können?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Abschiebungen in lebensgefährliche Situationen sind inakzeptabel. Setzen Sie sich dafür ein, dass Menschen nicht in Kriegs- und Krisenregionen abgeschoben werden dürfen?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich dafür ein, dass in Deutschland ein Einwanderungsgesetz eingeführt wird?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
Setzen Sie sich dafür ein, dass die Entwicklungshilfe – wie schon sehr viele Jahre zugesagt, auf 0,7 Prozent des BIP angehoben wird?	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein